

Zaunnenutspräife:
Jährlich: 5 Thlr. 10 Ngr. in Sachsen.
Jährl.: 1 " 10 " Im Auslande
Monatlich in Dresden: 15 " Ngr.
Klassine Nummern: 5 Ngr.
tritt Post- und
Stempelzahlgang hinzu.

Postzettelpreis:
Für den Raum einer gespaltenen Zeile: 1 Ngr.
Unter "Eingesandt" die Zeile: 2 Ngr.

Ergebnis:
Täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage,
Abends für den folgenden Tag.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.
die Gestaltung der Privatcorrespondenz auf den innerhalb R. Sächsischen Gebiets befindlichen Betriebstelegraphen der Niess-Jüterboger, der Leipzig-Bitterfelder, der Weißensels-Leipziger und der Leipzig-Magdeburger Eisenbahnen betreffend.

Bei den unterzeichneten Ministerien ist der Berlin-Weißenselschen und der Thüringischen Eisenbahngesellschaft, ingleichen dem Directorium der Leipzig-Dresdener Eisenbahngesellschaft auf Ansuchen die Beförderung von Briefposten auf den innerhalb R. Sächsischen Gebiets befindlichen Betriebstelegraphen resp. der Niess-Jüterboger, der Leipzig-Bitterfelder, der Weißensels-Leipziger und der Leipzig-Magdeburger Eisenbahnen, unter entsprechender Erweiterung der den genannten Eisenbahngesellschaften zu Anlegung und Benutzung jener Telegraphen laut der Bekanntmachungen vom 20. Mai und vom 16. Juli 1856, sowie vom 27. December 1858 ertheilten Concessionsen, gestattet worden.

Es wird jedoch hierdurch unter Hinweis auf die zu erwähnten Bekanntmachungen und unter dem Hinzuftug, dass für diese Deutschen diefele Schäfte zu entrichten ist, welche nach der bekannt gemachten Taxe für die Beförderung auf den Staatstelegraphen im internen Verkehr entrichtet wird.

Dresden, den 13. Juni 1861.

Die Ministerien des Innern und der Finanzen.

Freiherr von Beust. Freiherr von Friesen.

Lepmann, S.

Bekanntmachung
die Ausgabe neuer Zinsbogen zu den 4prozentigen königl. sächs. Staatschuldenscheinen der vereinigten Anteilen von 1852, 1855, 1858 und 1859 betreffend.

Die Inhaber 4prozentiger königl. sächsischer Staatschuldenscheine der vereinigten Anteile der Jahre 1852, 1855, 1858 und 1859 werden hierdurch in Kenntnis gesetzt, dass an Stelle der mit dem 1. Juli 1861 ablaufenden Zinsbogene die Nachzahlung neuer Zinsbogen, bestehend in Tafeln und Blättern für die Termine 2. Januar 1862 bis mit 1. Juli 1870 zu erfolgen hat und damit

den 1. Juli dieses Jahres

begonnen werden soll.

Die Ausgabe solcher Zinsbogen geschieht bei der Staatschulden-Buchhaltrei in Dresden — Landhaus 1. Etage — gegen Zuflüsse des abgelaufenen Tafelns, ebenfalls in den Vormittagsstunden von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Da die Staatschulden-Buchhaltrei mit Correspondenzen und Zusendungen sich nicht beschaffen kann, haben ausdrückliche Interessen, welche die Empfangnahme der neuen Zinsbogen nicht persönlich vertragen wollen, dies Geschäft lediglich durch hierzitige Beauftragte beauftragt zu lassen.

Zur Erzielung eines geregelten und beschleunigten Betriebes des hierzuhörenden sehr umfanglichen Umtauschgeschäfts sowohl, als auch im eignen Interesse des Publikums, ist es unerlässlich, die alten Tafeln, wenn deren mehrere in einer Hand sich befinden, nach den Appointierungen Seite I. und Seite II. gesondert und nach der Nummerfolge geordnet, in ein Verzeichniß zu bringen, um nach derselben Reihenfolge sofort an Ort und Stelle von der Möglichkeit der auszuhändigen erhaltenen Zinsbogen nach Städte und Nummern, persönlich sich überzeugen zu können.

Dresden, den 3. Juni 1861.

Der Landtags-Ausschuß zu Verwaltung der Staatschulden.

Vfotenbauer.

Gentleton.

Der zoologische Garten in Dresden.

IX.

Am Ende des Weihers gelangen wir zu einer Wiese, an deren Ende sich verschiedne niedere Thierbehausungen erheben. Auf dieser Wiese tummeln sich die Kiesenkänguruhs, hochwankend mit dem beweglichen spitzigen Ohrn zuckend, während die großen schwarzen Augen ruhig und zutraulich aus dem zierlichen Kopfe der abenteuerlich gehörnten Thiere blicken. Gezeitend geben sie auf allen Wiesen, durch ein Geräusch auffällig gemacht oder aufschreckt oder um eine oberspurte und mit den kleineren Borderhunden ergiebige Lieblingssahrung in Gewissheit vorzehren zu können, richten sie sich von Zeit zu Zeit auf und sehen sich dabei auf die Hinterglieder, die sich schwärzartig zuckendenschlagen, während ihnen zugleich der muskuläre Schwanz gleichsam wie ein dritter Fuß als Stütze dient. Ohne Vorbereitung und nur durch einfache Ausbreitung der zusammengeklappten Hinterglieder vermögen sie auf einmal aus dieser Ruhe in einem Sprung überzugehen, der durch Weite und Schnelligkeit alle Errwartungen übertrifft und in der Freiheit sie in wenig Augenblicken aus dem Bereiche der Gefahr bringt kann; nur auf unebenem Boden wird der Sprung unsicher, da sie sich an steilen Abhängen leicht überschlagen. Das Känguruhs zeigt sich partikular und rohungslos zu verteidigen; die Kraft seiner Hinterglieder ist so groß, dass ein einziger richtig treffender Schlag derselben den gebürtigen Hund tödt hinstreckt und der Jäger selbst dem schwer verwundeten Känguruhs mit Gorchat sich nähern darf. Was bedeutet das zur Känguruhagd einer Hunderace, die zwischen Bullen- und Schweißhund die Witte hält, Stärke, grimziges Naturales und große Flüchtigkeit verbindet und für

Nichtamtlicher Theil.

Übersicht.

Telegraphische Nachrichten.
Zeitungsschau. (Times). — London Review. — Opinion.

Tagesgeschichte. Dresden: Vom Landtag. Inhalt des nächsten Gesetzblattes. — Wien: Verhandlungen der Kaiserin-Kammerverhandlungen. — Pest: Aus dem Oberhause. — Berlin: Herabsetzung der Telegraphengebühr. — Kulin: Preßrooch. — Hannover: Die Städter Besanzenreihen erledigt. Kongregation der Provinziallandtagen. — Darmstadt: Verhandlungen der Großherzogin-Kammerverhandlungen. — Frankfurt: Bankett-Öffnung. Vom geschiedenen Königl. des Kaiser. Vom geschiedenen Kaiser. — Paris: Die bevorstehende Wahl des Kaiser. — Wien: Bischof von Marburg. — Trost: Rück. — Turin: Dokumente sonst. Teutsche Beamte abgesetzt. — Madrid: Neutralität. Sancho-Schäfte. — Stockholm: Der König zwölft. — New-York: Senator Douglass. — Aufzug zu Gründung eines Kongresses. Jefferson Davis und Floyd als Vertrether erklärt.

Landtagsverhandlungen.

Dresdner Nachrichten.

Provinzialnachrichten. (Leipzig. Schandau. Freiburg. Jena.)

Gentleton. Tagesskalender. Inserate. Börsennachrichten.

Telegraphische Nachrichten.

Pest, Donnerstag, 20. Juni, Nachts. Das Oberhause hat heute die Adressdebatte beendigt und bei der Schlusstimming den Abrechentwurf in der vom Unterhause beschlossenen Fassung einstimmig angenommen.

Im Unterhause wurde über das Operat der Justizkonferenz debattirt. Morgen wird die Abstimmung stattfinden. Der Autzug Ryary's, die Ernennung einer Commission wegen Dringlichkeit des Gegenstandes, welche das auf die Steuerfrage bezügliche Document vorlegen soll, wurde angenommen.

Turin, Donnerstag, 20. Juni. Die heutige "Opinion" meldet, die Note Frankreichs bezüglich der Anerkennung des Königreichs Italien sei gegen hier eingetroffen, werde aber nicht eher veröffentlicht werden, als bis die Antwort des Königs hierauf an den Kaiser gelangt sei.

Turin, Donnerstag, 20. Juni. Die Kammer hat gestern mit 229 gegen 9 Stimmen die Vereinigung der verschiedenen italienischen Staatschulen in Eine beschlossen.

Die "Opinion" meldet: Gegen die Position des Nationalisten sind bereits über 20 Redner eingetrieben.

Aus Rom, vom 16. Juni, wird gemeldet, dass infolge einer erstaunten "nationalen" Manifestation das Theater Baselstet geschlossen worden ist.

Rom, Dienstag, 18. Juni. Eine Deutsche aus Paris zeigt dem Vatican die durch Frankreich erfolgte Anerkennung des Königreichs Italien unter Vorbehalt aller Rechte, an. Die französische Regierung debattirte die Richtschaftsführung des Jülicher Vertrags und verspricht auf unbestimme Dauer das Verbleiben der französischen Truppen in Rom.

London, Freitag, 21. Juni. Im Unterhause antwortete gestern auf eine Interpellation Griffith's Lord John Russell: die grossbritannische Regierung habe durch den französischen Botschafter die Mittheilung erhalten, dass in Paris durch die Gesandten Österreichs und Spaniens in allgemeinen

Aussprüchen der Vorschlag gemacht worden sei, dass die katholischen Mächte in Betreff der weltlichen Macht des Papstes in Übereinstimmung handeln möchten, das Frankreich aber diesen allgemein gehaltenen Vorschlag vereinend beantwortet habe. Lord John Russell erinnert dabei daran, dass die weltliche Macht des Papstes durch England, Schweden und Preussen ebenso gut, als durch die katholischen Mächte geordnet worden sei.

Von der polnischen Grenze, Donnerstag, 20. Juni. Gestern sind in Warschau die Statuten für die Wahlen der Gouvernalkreis- und Stadträthe publicirt worden; dieselben rufen auf breiten Grundlagen. Wahlbar ist ohne Unterschied der Confession und des Standes. Jeder, der 25 Jahr alt ist und eine geringe Steuer zahlt. In den Kreisen führt der Friedensrichter, in den Städten der Präsident der Stadt den Worts.

— Freitag, 21. Juni. Nachrichten aus Warschau zufolge ist der Eindruck des Gesetzes über die Organisation des Staatsräths wenig befriedigend; dagegen hat das Gesetz über die Wahlen der Gouvernalkreis- und Stadträthe alle Erwartungen übertrroffen. Auch das Gesetz über die Reform des Stadtrates ist gestern publicirt worden. Der Geschäftskreis desselben wird nicht bestimmt. Die Wahlgesetze sind bis zur Anhörung des Staatsräths darüber nur als provisorisch zu betrachten. Viele Gefangene sind aus Modlin entlassen worden.

Dresden, 21. Juni.

Die englische Presse bepricht lebhaft die Anerkennung des "Königreichs Italien" seitens Frankreichs. Sie ist natürlich sehr erfreut darüber, kann aber zugleich die Bedeutung nicht unterschätzen, dass Italien dafür einen Preis werde zahlen müssen. Die "Times" sagt, wie sie sagt, "mit wahrer Freude" die Nachricht empfangen, welche die katholische "Garde" und der "Moniteur" selbst bringen, dass der Kaiser der Franzosen im Begriff ist, das Königreich Italien anzuerkennen. Obgleich Kaiser Napoleon die katholische Sache unabhängig Dienste geleistet habe, so hätten sie, sagt die "Times", seit etwas weniger durch Handlungen der Feindseligkeit getötet sein können. Es sei sein Verdienst, dass Italien frei sei, aber es sei bis zu einem gewissen Grade auch seine Schuld, dass die Prise durch eisige Konfrontierungen, einige Principsatzungen und nicht geringes Blutvergießen erkannt worden. Wenn die Welt erfaßt, dass der, wenn auch nur formelle Bruch zwischen den Verbündeten von Solferino gebellt sei, und dass Napoleon, indem er den Titel Victor Emanuel anerkannt habe, auch das Recht der Italiener anerkennt, jedes der Bevölkerung ihrer Nationalmacht entgegenstehende Hindernisse hinzunehmen, dann dürfte über die Katholiken Wien und Rom eine Wandlung kommen. Wenn die beiden Westmächte den Prinzip eines unabhängigen Königreichs Italien gebuhlt hätten, dann sei, meint die "Times", kein Grund vorhanden, warum nicht alle seiner Begründung im Wege stehenden Schwierigkeiten im Laufe weniger Tage beseitigt sein sollten.

Die "London Review" äußert sich folgendermaßen über das Verhältnis zwischen Frankreich und Italien: "Der Kaiser der Franzosen, ein halber Italiener von Geburt und Abstammung, hat mehr für Italien gethan, als Victor Emanuel, Garibaldi und Garibaldi, denn durch seine Hilfe wurde ein Traum zur Realität, und wurde die Unabhängigkeit des großen Theiles der Italien, ohne europäische Erschütterung, möglich. Man glaubt nun, der Preis, um welchen der Kaiser den Papst seinem Schatz überlassen will, sei die Insel Sardinien. Ein großer Preis. Frankreich besteht seit langer Zeit Gotha und kann eben so gut die Insel Sardinien bekommen, wenn es will. Ohne Zweifl werden die neuen Nachbäder des Königreichs Italien nachgeben, und müssen sie es, wenn der Kaiser fest steht. Und dann kommt die noch schwierigste venetianische Sache, die ohne einen wüthen-

sturm, wenn das Junge, den Kopf aus dem Bein steckend, zugleich mit der grajenden Rute die Spinen zarter Pflanzen abknüppeln wird. Die geographische Verbreitung der Beuteltiere ist stark begrenzt; in Europa, Afrika und auf dem Festlande Asiens fehlen sie, in Amerika sind sie leider zahlreich verteilt, in den Inseln Neuseeland aber dominieren sie. Die eischen Beuteltiere, welche man in Europa kennen lernte, waren amerikanischer Ursprung. Die Zahl der beobachteten Species beläuft sich gegenwärtig nach Oppig auf etwa 90, Linne fand nur drei. Das gemeine Känguruhs wurde von Coock 1770 zuerst an der Küste von Neuäquatoria entdeckt und beschrieben.

Auf der Känguruhs sieht man hier in den Räumen am Ende der Wiese den Waschbär, der, allerdings angeblich nur, jeden Imbis erst ins Wasser tauchen und waschen soll, den lauenbästen und dabei oft sehr schläfrige Koati, den Siebenschläfer, die Sieselmaus und den sozusagen Brillenarmelthier oder Brillenbärtchen aus Brasilien.

Literatur. Den gebildeten Lefern im Allgemeinen und insbesondere auch jungen Künstlern empfehlen wir als eine interessante Lektüre die von Dr. W. Rintz herangezogene Lebensbeschreibung Karl Friedrich Zelter's (Berlin bei O. Janke), die sich in jeder Beziehung höchstens charaktervoll Mannes und achtungswertesten Meisters, der durch seinen Briefwechsel mit Goethe eine so weit reichende Bekanntheit erlangte. Die Anhäufung der Entwicklung eines bedeutenden künstlerischen Naturales aus eigener Kraft und reicher Selbständigkeit heraus ist immer bildend und stärkend für das nachlebende Geschlecht; und diese Lebensbeschreibung gewährt solchen Eindruck ganz besonders, weil sie zum grössten Theile von Zelter selbst verfaßt ist und mit voller

Kundkenntniß und geschickter Erfahrung verfasst ist.

Informationsanzeige auswärts:
Leipzig: Fr. BRAUNSTEINER, Commissair
des Dresden Journal.
Hamburg: H. HÜBNER; Altona: HÄNKENSTEIN &
VÖLCKER; Berlin: Goethe'sche Buchdr. Beyträge;
Bremen: E. SCHOTT; Frankfurt a. M.;
Jägersche Buchdruckerei; Köln: Adolf Bönnig;
Paris: v. LOWENFELD (26. ein des böhm. antiken);
Prag: Fr. ERNST'sche Buchdruckerei.

Grausamkeit:
Königl. Expedition des Dresden Journal,
Dresden, Marienstrasse Nr. 7.

Dresdner Journal.

Berantwortlicher Redacteur: J. G. Hartmann

gewählt an seinem Amtssitz. — Die Kammer wird morgen die Verhandlungen über die Vereinigung der Staatschulden beginnen; hierauf wird der Gesetzesvorschlag bezüglich der Nationalverschaffung folgen.

Turin, 19. Juni. (Ind.) Die Deputaten werden die Abstimmung einholen, so kanischen Beamten, welche an der Manifestation Theil nahmen, die gestern in Florenz bei einer Prozession aufgetreten. — Gestern verabschiedete Florenz einige Befreiungserklärungen einer Demonstration, um einen höhern Lohn zu erlangen. Der Zusammensetzungswahlstand.

Madrid, 19. Juni. (Ind.) Spanien wird in dem amerikanischen Krieg eine strenge Neutralität beobachten. — Die Bank hat den finanziellen Verlegenheiten abgelenkt.

Stockholm, 12. Juni. Sc. Maj. der König ist gestern hierher zurückgekehrt und hat sofort die Regierung aufgelöst.

New-York, 4. Juni. (R. d. S.) Der Senator Douglas von Illinois, Vorsitzender der Republikaner (1854), die in ihren letzten Sitzungen die Veranlassung zu dem Sonderkundtage geworden, ist am 3. d. M. in seinem 57. Jahre in Chicago gestorben. Durch seine warme Unabhängigkeit vor Union und sein entschiedenes Kritisieren für deren Erhaltung seit dem Ausbruch der Revolution hatte der mit allen Feinden dennoch große Staatsmann seine politischen Gegner verachtet und sein früher Tod wird allgemein bedauert. Bei der letzten Präsidentenwahl war Douglas bestimmt einer der Kandidaten. Der Kabinettsminister hat in Bezug auf die künftige Ereignisse folgenden Armeebefehl erlassen: „Der Tod eines großen Staatsmannes muß als ein nationales Unglück betrachtet werden. Stephen A. Douglas starb in der Handelsstadt von Illinois gestern Morgen um 9 Uhr. Ein Repräsentant des überwältigenden Wahlsiegs im ganzen Norden, ein Mann, welcher die Partei des Landes wegen aufzog, ein Senator, welcher alle Vorurtheile bei Seite sah in dem ersten Wunsche, dem Lande zu dienen, ein Staatsmann, welcher möglichst für die höchste Stelle der Vereinigten Staaten eine Stimmenzahl erhielt, welche nur derjenigen des erwählten Präsidenten nachstand und der alle Urfache hatte, einer langen und ehrwerten Laufbahn entgegenzuheben; ein Patriot, welcher mit ebensoviel Eifer wie Talent die Konstitution, welche uns und unseren Vätern überliefert wurde, vertheidigte, und dessen lebendige Lebendigkeit es war, daß Volk seines eigenen Staates um das glorreiche Banner der Union zu schützen, ist von der Bühne des Lebens und dem Felde seiner Arbeiten abberufen worden. Dieses Departement erblüht in seinem Tode einen gemeinsamen Verlust des ganzen Landes, und in Ankenntnung des Kammers, den Millionen Süßen, sind die Obersten der Regierung ausgewiesen, diesen Befehl mögen bei ihren Kommandos verlesen und die Fahnen der Republik zu Ehren des großen Mannes in Trauer flattern zu lassen.“ — Der „Charleson Courier“ enthielt einen Aufruf an die Capitalisten, eine Million Dollars aufzubringen, um ein südländisches Zeughaus, Sicherer, Pulver- und Siedlungsbau zu errichten. Die Aufforderung sagt: „Wie stehen am Horizonte eines vielleicht langen und blutigen Kriegs? Die besten Bürger unseres Vaterlandes sollen den Wichtungen des Nordens in der Schlacht entgegentreten. Der Sieg gehört gewöhnlich der Partei, welche am besten geht und mit den erprobtesten Waffen verseht ist. Unsre Feinde haben alle Mittel an der Hand, um die zerstörenden Kriegsmessen zu verstetzen. Daran steht es unserm Vaterlande vorgelegen ganz. Unfahrt von fremden Ländern sind abgeschnitten. Die gegenwärtigen Verhältnisse müssen bald erledigt sein. Es ist deshalb unumgänglich notwendig, daß wir uns zur rechten Zeit gegen alle Zufälligkeiten decken.“ — Auf dem höchsten Polizeibureau befindet sich eine eigentümliche Gemäldegalerie, zu welcher die Porträts ehrlicher Leute unzulässig sind. Diese Galerie ist seit einigen Tagen um zwei Bilder vermehrt worden. Die Porträts Jefferson Davis' und G. W. C. (Kriegsminister unserer Buchanan) sind derselben nämlich eindeliket worden. Zur Information der Galeriebesucher ist das eine Porträt mit „Jefferson Davis, der Verkünder“ und das andere mit „John B. Floyd, der Kämpfer“ untergedichtet. „Keiner von beiden ist bis jetzt zur Haft gebracht — fügt der Polizeidirektor der Tagesschreibe hinzu — aber 100,000 Mann von Ost und West sind zur Verfolgung ausgeschickt.“

Landtagsverhandlungen.

Zweite Kammer.

XCVII. öffentl. Sitzung, Donnerstag, 20. Juni, Vorm. 10 Uhr.
(Schluß)

Tagessordnung: Berathung des Deputationsbeirats (Ref. Abg. v. König) über den Entwurf eines Wahlgesetzes.

§. 3 (Auszügungsweise des Stimmrechts) wird in der Hoffnung der Deputaten ohne Debatte einstimmig angenommen. §. 4 (allgemeine Erfordernisse der Wahlbarkeit zum Abgeordneten) beantragt Abg. Dr. Roth mit „Personen in Privatdiensten“, in Diensten von Eisenbahnen, sonst wär Eisenbahndirektoren u. ausgeschlossen sein. Das Bedenken thut Abg. Dörfling. Referent: Solche würden wohl keine Vertreter, als in Diensten Sehende sein. Der Antrag würde aber sehr weit verurteilen. Abg. Eichorius: Eben die Unmöglichkeit des Referenten rechtfertigt den Antrag. Da jetzt Beamte, den Census vorausgesetzt, zugelassen sein sollten, so verlange er Gleiches für Privatbeamte.

Referent: Das Vertreten juristischer Personen wählt vor sieben, siehe im Gesetz. Die faktischen Zweck wird kein Gebot bestimmen. Abg. Hähnauer: Da Personen in Hof-, Staats- und Militärdiensten nach dem A-Satz nicht hätten in die Erste Kammer ernannt werden sollen, so sollte er sie auch nicht in die Zweite und beantrage, den Paragraphen demnach abzuländern. (Nicht ausreichend untersucht.)

Abg. Biesler: Das Schicksal der Eichorius'schen Anträge schreibt ihn davon ab, den Landtag durch den beabsichtigten Antrag: die Wahlbarkeit auf die Grenzen des Vaterlandes auszudehnen, zu verlangsamen.

Geb. Regierungsrath Schmalz: Allerdings gäbe es Fälle, die auf der Grenze des Privatdienstes ständen, aber die liegen es nicht vorzudestimmen, sondern müßten im vorliegenden Falle erörtert werden. Die Abhängigkeit, die den Grund der Ausschließung von Privatdienstleistern bildet, sei die gleiche.

Abg. Dr. Roth: Liegen sich die Grenzen nicht genau finden, so sei es, da es sich um sehr respectable Personen handele, besser, Wege zugelassen. Abg. Dr. Braun: Den Antrag bez. des Bezirksprinzips habe sich die Mehrheit bei §. 27 vorbehalten. Referent: Daß sich

Ausnahmen nicht unterbringen ließen, dürfe die Regel nicht umstoßen. Hierauf wird der Roth'sche Antrag gegen 27 Stimmen, im Übrigen der Paragraph angenommen.

§. 5 (Berechnung des Census der Familienziffer) wird ohne Debatte angenommen. Ebenso gegen 1 Stimme §. 6 (Entscheidung von Wahlrechtswahlen) und §. 7 (Erklärung über die Wahl). Bei §. 8 (Abstimmungsgrund) hätte Abg. Dörfling gedenkt, die Wahl könnte ohne Angabe von Gründen abgelehnt werden. Es gebe gute Gründe, die den Antrag nicht verlaubtwaren können. Gezwungene Abgeordnete würden wenig nützen.

Staatsminister Hahn. v. Beust: Die bisherige Erfahrung habe keinen Nutzen zur Aenderung gegeben.

Referent: Es habe sich in einem concreten Falle wie Abg. Dörfling ausgesprochen, könne aber die Regel doch nicht zu verloren stehen. Mancher ist auf seinen Zweck beschränkt sei ein sehr nützliches Mitglied geworden. Hierauf wird der Paragraph gegen 2 Stimmen angenommen. §. 9, 10 und 11 werden ohne Debatte angenommen.

Mit §. 12 beginnen die besondern Vorschriften über die Wahlen der einzelnen Städteklasse, und zwar a) Wahlen der Reichsabgeordneten. Abg. Hähnauer findet es unverhältnismäßig, daß die 942 Rittergäuter 20 Abgeordnete stellen. Referent befürchtet sich aus das bei der allgemeinen Debatte Gedächtnis. Hierauf wird §. 12 gegen 5, §. 13 gegen 3, §. 14 einstimmig, §. 15 gegen 2 Stimmen, §. 16 einstimmig, §. 17, abweichen von den vom Abg. Eichorius' bestimmten, den Referenten verhängten Vorschriften dreißigjähriger Beifall, wogen sich 15 bez. der zweiten Kammer 11 Stimmen erhoben, einstimmig. §. 18 nach Bezeichnung eines Zweckes des Abg. Sachse durch geb. Regierungsrath Schmalz und den Referenten gegen 3 Stimmen, §. 19, der leicht dieses Unterblattes, einstimmig angenommen und damit die Sitzung unter Anerkennung der nächsten auf morgen, nach 2 Uhr geschlossen.

Zweite Kammer.

XCVIII. öffentl. Sitzung, Freitag, 21. Juni, Vorm. 10 Uhr.
Eingegangen waren verschiedene Urlaubsgesuche, die bez. unter Einberufung der Stellvertreter beruhigten wurden, mehrere Berichte der Finanzdeputation, sowie der anderweitige Bericht der dritten Deputation über die Jagdpolizeiquestionen.

Die auf der Tagessitzung schiede fortgeleitete Berathung des Wahlgesetzes (Referent Abg. v. König) begann heute bei den Bestimmungen über die Wahlen der Städte §§. 20 ff. §§. 20—23 wurden ohne Debatte angenommen. §. 24 erfordert als Bedingungen des Stimmrechts außer der Gemeindemitgliedschaft, Besitz eines Wohnhauses im Orte oder Einrichtung von mindestens 3 Thlr. direkten Landesabgaben.

Abg. Sachse beantragt diesen Satz auf 1 Thlr. zu erweitern, die übrigen Deputationsmitglieder empfehlen den Satz des Entwurfs.

Abg. Dr. Heyner begrüßt den Sachse'schen Antrag mit Freuden, zumal schon 1850 bei einem Census von 2% Thlr. vierthalbtausend Personenstimmrechte ausgeschlossen worden waren. Die es früher gehabt besaßen, würden es immer wieder verlangen. Man habe heute Gelegenheit, den Beweis zu erläutern, daß die Majorität geglaubt. Abg. Günther habe ihren Standpunkt klar gezeichnet. Ob gerade ein Wohnhaus allen Umständen der Besteuerung zu folgen habe? Die liegen sich hier nicht anstrengen. Auch der Regierung kommt es mehr auf Garantie der aktiven Wahl an. Man solle die Stimmen wägen, nicht zählen.

Abg. Dr. Heyner begrüßt den Sachse'schen Antrag mit Freuden, zumal schon 1850 bei einem Census von 2% Thlr. vierthalbtausend Personenstimmrechte ausgeschlossen worden waren. Die es früher gehabt besaßen, würden es immer wieder verlangen. Man habe heute Gelegenheit, den Beweis zu erläutern, daß die Majorität geglaubt. Abg. Günther habe ihren Standpunkt klar gezeichnet. Ob gerade ein Wohnhaus allen Umständen der Besteuerung zu folgen habe? Die liegen sich hier nicht anstrengen. Auch der Regierung kommt es mehr auf Garantie der aktiven Wahl an. Man solle die Stimmen wägen, nicht zählen.

Abg. Dr. Heyner begrüßt den Sachse'schen Antrag mit Freuden, zumal schon 1850 bei einem Census von 2% Thlr. vierthalbtausend Personenstimmrechte ausgeschlossen worden waren. Die es früher gehabt besaßen, würden es immer wieder verlangen. Man habe heute Gelegenheit, den Beweis zu erläutern, daß die Majorität geglaubt. Abg. Günther habe ihren Standpunkt klar gezeichnet. Ob gerade ein Wohnhaus allen Umständen der Besteuerung zu folgen habe? Die liegen sich hier nicht anstrengen. Auch der Regierung kommt es mehr auf Garantie der aktiven Wahl an. Man solle die Stimmen wägen, nicht zählen.

Abg. Dr. Heyner begrüßt den Sachse'schen Antrag mit Freuden, zumal schon 1850 bei einem Census von 2% Thlr. vierthalbtausend Personenstimmrechte ausgeschlossen worden waren. Die es früher gehabt besaßen, würden es immer wieder verlangen. Man habe heute Gelegenheit, den Beweis zu erläutern, daß die Majorität geglaubt. Abg. Günther habe ihren Standpunkt klar gezeichnet. Ob gerade ein Wohnhaus allen Umständen der Besteuerung zu folgen habe? Die liegen sich hier nicht anstrengen. Auch der Regierung kommt es mehr auf Garantie der aktiven Wahl an. Man solle die Stimmen wägen, nicht zählen.

Abg. Dr. Heyner begrüßt den Sachse'schen Antrag mit Freuden, zumal schon 1850 bei einem Census von 2% Thlr. vierthalbtausend Personenstimmrechte ausgeschlossen worden waren. Die es früher gehabt besaßen, würden es immer wieder verlangen. Man habe heute Gelegenheit, den Beweis zu erläutern, daß die Majorität geglaubt. Abg. Günther habe ihren Standpunkt klar gezeichnet. Ob gerade ein Wohnhaus allen Umständen der Besteuerung zu folgen habe? Die liegen sich hier nicht anstrengen. Auch der Regierung kommt es mehr auf Garantie der aktiven Wahl an. Man solle die Stimmen wägen, nicht zählen.

Abg. Dr. Heyner begrüßt den Sachse'schen Antrag mit Freuden, zumal schon 1850 bei einem Census von 2% Thlr. vierthalbtausend Personenstimmrechte ausgeschlossen worden waren. Die es früher gehabt besaßen, würden es immer wieder verlangen. Man habe heute Gelegenheit, den Beweis zu erläutern, daß die Majorität geglaubt. Abg. Günther habe ihren Standpunkt klar gezeichnet. Ob gerade ein Wohnhaus allen Umständen der Besteuerung zu folgen habe? Die liegen sich hier nicht anstrengen. Auch der Regierung kommt es mehr auf Garantie der aktiven Wahl an. Man solle die Stimmen wägen, nicht zählen.

Abg. Dr. Heyner begrüßt den Sachse'schen Antrag mit Freuden, zumal schon 1850 bei einem Census von 2% Thlr. vierthalbtausend Personenstimmrechte ausgeschlossen worden waren. Die es früher gehabt besaßen, würden es immer wieder verlangen. Man habe heute Gelegenheit, den Beweis zu erläutern, daß die Majorität geglaubt. Abg. Günther habe ihren Standpunkt klar gezeichnet. Ob gerade ein Wohnhaus allen Umständen der Besteuerung zu folgen habe? Die liegen sich hier nicht anstrengen. Auch der Regierung kommt es mehr auf Garantie der aktiven Wahl an. Man solle die Stimmen wägen, nicht zählen.

Abg. Dr. Heyner begrüßt den Sachse'schen Antrag mit Freuden, zumal schon 1850 bei einem Census von 2% Thlr. vierthalbtausend Personenstimmrechte ausgeschlossen worden waren. Die es früher gehabt besaßen, würden es immer wieder verlangen. Man habe heute Gelegenheit, den Beweis zu erläutern, daß die Majorität geglaubt. Abg. Günther habe ihren Standpunkt klar gezeichnet. Ob gerade ein Wohnhaus allen Umständen der Besteuerung zu folgen habe? Die liegen sich hier nicht anstrengen. Auch der Regierung kommt es mehr auf Garantie der aktiven Wahl an. Man solle die Stimmen wägen, nicht zählen.

Abg. Dr. Heyner begrüßt den Sachse'schen Antrag mit Freuden, zumal schon 1850 bei einem Census von 2% Thlr. vierthalbtausend Personenstimmrechte ausgeschlossen worden waren. Die es früher gehabt besaßen, würden es immer wieder verlangen. Man habe heute Gelegenheit, den Beweis zu erläutern, daß die Majorität geglaubt. Abg. Günther habe ihren Standpunkt klar gezeichnet. Ob gerade ein Wohnhaus allen Umständen der Besteuerung zu folgen habe? Die liegen sich hier nicht anstrengen. Auch der Regierung kommt es mehr auf Garantie der aktiven Wahl an. Man solle die Stimmen wägen, nicht zählen.

Abg. Dr. Heyner begrüßt den Sachse'schen Antrag mit Freuden, zumal schon 1850 bei einem Census von 2% Thlr. vierthalbtausend Personenstimmrechte ausgeschlossen worden waren. Die es früher gehabt besaßen, würden es immer wieder verlangen. Man habe heute Gelegenheit, den Beweis zu erläutern, daß die Majorität geglaubt. Abg. Günther habe ihren Standpunkt klar gezeichnet. Ob gerade ein Wohnhaus allen Umständen der Besteuerung zu folgen habe? Die liegen sich hier nicht anstrengen. Auch der Regierung kommt es mehr auf Garantie der aktiven Wahl an. Man solle die Stimmen wägen, nicht zählen.

Abg. Dr. Heyner begrüßt den Sachse'schen Antrag mit Freuden, zumal schon 1850 bei einem Census von 2% Thlr. vierthalbtausend Personenstimmrechte ausgeschlossen worden waren. Die es früher gehabt besaßen, würden es immer wieder verlangen. Man habe heute Gelegenheit, den Beweis zu erläutern, daß die Majorität geglaubt. Abg. Günther habe ihren Standpunkt klar gezeichnet. Ob gerade ein Wohnhaus allen Umständen der Besteuerung zu folgen habe? Die liegen sich hier nicht anstrengen. Auch der Regierung kommt es mehr auf Garantie der aktiven Wahl an. Man solle die Stimmen wägen, nicht zählen.

Abg. Dr. Heyner begrüßt den Sachse'schen Antrag mit Freuden, zumal schon 1850 bei einem Census von 2% Thlr. vierthalbtausend Personenstimmrechte ausgeschlossen worden waren. Die es früher gehabt besaßen, würden es immer wieder verlangen. Man habe heute Gelegenheit, den Beweis zu erläutern, daß die Majorität geglaubt. Abg. Günther habe ihren Standpunkt klar gezeichnet. Ob gerade ein Wohnhaus allen Umständen der Besteuerung zu folgen habe? Die liegen sich hier nicht anstrengen. Auch der Regierung kommt es mehr auf Garantie der aktiven Wahl an. Man solle die Stimmen wägen, nicht zählen.

Abg. Dr. Heyner begrüßt den Sachse'schen Antrag mit Freuden, zumal schon 1850 bei einem Census von 2% Thlr. vierthalbtausend Personenstimmrechte ausgeschlossen worden waren. Die es früher gehabt besaßen, würden es immer wieder verlangen. Man habe heute Gelegenheit, den Beweis zu erläutern, daß die Majorität geglaubt. Abg. Günther habe ihren Standpunkt klar gezeichnet. Ob gerade ein Wohnhaus allen Umständen der Besteuerung zu folgen habe? Die liegen sich hier nicht anstrengen. Auch der Regierung kommt es mehr auf Garantie der aktiven Wahl an. Man solle die Stimmen wägen, nicht zählen.

Abg. Dr. Heyner begrüßt den Sachse'schen Antrag mit Freuden, zumal schon 1850 bei einem Census von 2% Thlr. vierthalbtausend Personenstimmrechte ausgeschlossen worden waren. Die es früher gehabt besaßen, würden es immer wieder verlangen. Man habe heute Gelegenheit, den Beweis zu erläutern, daß die Majorität geglaubt. Abg. Günther habe ihren Standpunkt klar gezeichnet. Ob gerade ein Wohnhaus allen Umständen der Besteuerung zu folgen habe? Die liegen sich hier nicht anstrengen. Auch der Regierung kommt es mehr auf Garantie der aktiven Wahl an. Man solle die Stimmen wägen, nicht zählen.

Abg. Dr. Heyner begrüßt den Sachse'schen Antrag mit Freuden, zumal schon 1850 bei einem Census von 2% Thlr. vierthalbtausend Personenstimmrechte ausgeschlossen worden waren. Die es früher gehabt besaßen, würden es immer wieder verlangen. Man habe heute Gelegenheit, den Beweis zu erläutern, daß die Majorität geglaubt. Abg. Günther habe ihren Standpunkt klar gezeichnet. Ob gerade ein Wohnhaus allen Umständen der Besteuerung zu folgen habe? Die liegen sich hier nicht anstrengen. Auch der Regierung kommt es mehr auf Garantie der aktiven Wahl an. Man solle die Stimmen wägen, nicht zählen.

Abg. Dr. Heyner begrüßt den Sachse'schen Antrag mit Freuden, zumal schon 1850 bei einem Census von 2% Thlr. vierthalbtausend Personenstimmrechte ausgeschlossen worden waren. Die es früher gehabt besaßen, würden es immer wieder verlangen. Man habe heute Gelegenheit, den Beweis zu erläutern, daß die Majorität geglaubt. Abg. Günther habe ihren Standpunkt klar gezeichnet. Ob gerade ein Wohnhaus allen Umständen der Besteuerung zu folgen habe? Die liegen sich hier nicht anstrengen. Auch der Regierung kommt es mehr auf Garantie der aktiven Wahl an. Man solle die Stimmen wägen, nicht zählen.

Abg. Dr. Heyner begrüßt den Sachse'schen Antrag mit Freuden, zumal schon 1850 bei einem Census von 2% Thlr. vierthalbtausend Personenstimmrechte ausgeschlossen worden waren. Die es früher gehabt besaßen, würden es immer wieder verlangen. Man habe heute Gelegenheit, den Beweis zu erläutern, daß die Majorität geglaubt. Abg. Günther habe ihren Standpunkt klar gezeichnet. Ob gerade ein Wohnhaus allen Umständen der Besteuerung zu folgen habe? Die liegen sich hier nicht anstrengen. Auch der Regierung kommt es mehr auf Garantie der aktiven Wahl an. Man solle die Stimmen wägen, nicht zählen.

Abg. Dr. Heyner begrüßt den Sachse'schen Antrag mit Freuden, zumal schon 1850 bei einem Census von 2% Thlr. vierthalbtausend Personenstimmrechte ausgeschlossen worden waren. Die es früher gehabt besaßen, würden es immer wieder verlangen. Man habe heute Gelegenheit, den Beweis zu erläutern, daß die Majorität geglaubt. Abg. Günther habe ihren Standpunkt klar gezeichnet. Ob gerade ein Wohnhaus allen Umständen der Besteuerung zu folgen habe? Die liegen sich hier nicht anstrengen. Auch der Regierung kommt es mehr auf Garantie der aktiven Wahl an. Man solle die Stimmen wägen, nicht zählen.

Abg. Dr. Heyner begrüßt den Sachse'schen Antrag mit Freuden, zumal schon 1850 bei einem Census von 2% Thlr. vierthalbtausend Personenstimmrechte ausgeschlossen worden waren. Die es früher gehabt besaßen, würden es immer wieder verlangen. Man habe heute Gelegenheit, den Beweis zu erläutern, daß die Majorität geglaubt. Abg. Günther habe ihren Standpunkt klar gezeichnet. Ob gerade ein Wohnhaus allen Umständen der Besteuerung zu folgen habe? Die liegen sich hier nicht anstrengen. Auch der Regierung kommt es mehr auf Garantie der aktiven Wahl an. Man solle die Stimmen wägen, nicht zählen.

Abg. Dr. Heyner begrüßt den Sachse'schen Antrag mit Freuden, zumal schon 1850 bei einem Census von 2% Thlr. vierthalbtausend Personenstimmrechte ausgeschlossen worden waren. Die es früher gehabt besaßen, würden es immer wieder verlangen. Man habe heute Gelegenheit, den Beweis zu erläutern, daß die Majorität geglaubt. Abg. Günther habe ihren Standpunkt klar gezeichnet. Ob gerade ein Wohnhaus allen Umständen der Besteuerung zu folgen habe? Die liegen sich hier nicht anstrengen. Auch der Regierung kommt es mehr auf Garantie der aktiven Wahl an. Man solle die Stimmen wägen, nicht zählen.

Abg. Dr. Heyner begrüßt den Sachse's

